

PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN
§ 9 Abs. 1 BauGB und §§ 1-23 BauNVO

1. Art der baulichen Nutzung § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB
Allgemeines Wohngebiet gem. § 4 BauNVO
Zulässig sind Wohngebäude und die der Versorgung dienenden Läden, Schenk- und Speisewirtschaften sowie nicht störende Handwerksbetriebe. Ausnahmeweise zulässig sind gem. § 4 Abs. 2 Nr. 3 i.V.m. § 1 Abs. 5 BauNVO Anlagen für kulturelle, kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke. Gemäß § 4 Abs. 2 Nr. 3 i.V.m. § 1 Abs. 5 BauNVO sind Anlagen für sportliche Zwecke nicht zulässig. Ausnahmeweise zulässig sind gem. § 4 Abs. 3 BauNVO Betriebe des Beherbergungsgewerbes und sonstige nicht störende Gewerbebetriebe. Gemäß § 4 Abs. 3 i.V.m. § 1 Abs. 6 BauNVO sind Anlagen für Verwaltungen, Gartenbaubetriebe und Tankstellen nicht zulässig.
2. Maß der baulichen Nutzung § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB und §§ 16-21 BauNVO
Das Maß der baulichen Nutzung wird durch die Grundflächenzahl und die Trauf- und Firsthöhe festgelegt.
Im WA 1 wird die maximale Traufhöhe auf 6,00 m und die max. Firsthöhe auf 10,00 m, gemessen jeweils mittig zum Gebäude zur fertigen Straßenkante, festgesetzt. Im WA 2 wird die maximale Traufhöhe auf 6,50 m und die max. Firsthöhe auf 10,50 m, gemessen jeweils mittig zum Gebäude zur fertigen Straßenkante, festgesetzt. Die Traufhöhe wird unten vom Schnittpunkt Außenwand (innerer äußere Kante) mit Straßenkante und oben vom Schnittpunkt Außenwand mit Oberkante Dachstuhl gebildet. Die Firsthöhe ist die maximale Höhendifferenz zwischen der Schnittlinie der OK Dachfläche mit der Fassadenfläche mit der fertigen Straßenkante.
3. Höhenlage der baulichen Anlagen § 18 BauNVO
Die Fußbodenoberkante Erdgeschoss der Wohnhäuser und der Garagen muss mindestens 0,30 m über OK fertiger Straßenkante liegen.
4. Beschränkung der Anzahl der Wohnungen § 9 Abs. 1 Nr. 6 BauGB
Im WA 1 und WA 2 sind nur 2 Wohnungen je Baugrundstück zulässig.
5. Stellplätze und Garagen § 12 Abs. 6 BauNVO i.V.m. § 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB
Garagen sind nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig. Der Abstand von weiterer Garagenfläche und Straßenbegrenzung wird auf mind. 5,00 m festgesetzt. Stellplätze sind innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen und zwischen Baugrenze und Straßenbegrenzung zulässig. Pro Grundstück sind mind. 2 Stellplätze nachzuweisen. Der festgesetzte Stauraum vor Garage/Carport kann als abgestandener Stellplatz mitgerechnet werden. Garagen, die als Grenzbebauung ausgeführt werden, müssen sich in Höhe und Ausrichtung an die bereits an der Grenze errichteten Garagegebäude anpassen. Im Untergeschoss der Garagen in WA 1 sind keine Wohn- und Aufenthaltsräume zulässig.
6. Hauptversorgungs- und Hauptwasserleitungen § 9 Abs. 1 Nr. 13 BauGB
Versorgungskabel und Versorgungsleitungen sind aus gestalterischen Gründen nur unterirdisch zu verlegen.
7. Grünbereichliche Festsetzungen
71. Flächen und Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB
Die als private Grünfläche festgesetzten rückwärtigen Flächen werden als extensive Weise genutzt und mit Bepflanzungen standorttypischer und heimischer Arten oder mit Obstbäumen gemäß Planabete zu 72 bepflanzt.
72. Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern und sonstige Bepflanzungen § 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB
Je Grundstück sind in den Gärten 3 standorttypische, heimische Laubbäume zu pflanzen. Die Bepflanzungen können teilweise auch auf der nördlich angrenzenden privaten Grünfläche erfolgen (Summe 48 Bäume für das ganze Wohngebiet). In den Gärten können Obstbäume gemäß folgender Sortenliste gepflanzt werden:
Sortenliste:
Apfel: Ananasreine, Bohndapfel, Bemer Rosenapfel, Baumans Renette, Brechtacher, Cornwell, Danziger Kantapfel, Essnapfel, Erbschäpkel, Goldreine von Brehm, Gelber Edelapfel, Landsberger Renette, Kaser Wilhelm, Luxemburger Renette, Roter Bergapfel, Bemer Alexander Lucas, Bosc's Fälscherbäume, Clapps Liebling, Conference, Gelbster Butterbrot, Gute Graue, Gute Lise, Grün von Paris, Schweizer Mostbäume, Williams Christbäume.
Steinobst: Balthars Reine Knapelkirsche, Große Prinzesskirsche, Büßer frühwachsige, Hauswachsige, Ludwigs Frühe, Marabell von Nancy.
Auf den als Fläche zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern festgesetzten Flächen im hinteren Gartenbereich sind folgendes Pflanzabstand ca. 1,50 x 1,50 m, Anteil an Baum-Häusern ca. 10 - 20 %, zu pflanzen.
Baumarten-Auswahl: Salweide, Fald-Ahorn, Esche, Berg-Ahorn, Stieleiche, Traubeneiche, Kirsche, Eberesche.
Straucharten-Auswahl: Roter Hartriegel, Hasel, Eingriff Weibdorn, Liguster, Hundrose, Ackerrose, Schwarzer Holunder, Traubenholunder, Wallder Schneebell.
73. Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie von Gewässern § 9 Abs. 1 Nr. 25b BauNVO
Die zum Erhalt festgesetzte Strauchweise ist dauerhaft zu erhalten.
8. Flächen für Versorgungsanlagen, für Abfallentsorgung und Abwassererhaltung sowie für Ablagerungen § 9 Abs. 1 Nr. 14 BauGB
Auf der für Abwasser festgesetzten Fläche wird zur Entlastung des Regenwasserkanals das anfallende Niederschlagswasser in einem zentralen Rückhaltebauwerk gesammelt. Die Rückhaltefläche bleibt unversiegelt und wird begrünt.
9. Ausweichmaßnahmen § 9 Abs. 1 a BauGB i.V.m. § 1 a Abs. 3 BauGB in Anwendung der §§ 18 ff. BauNVO
Der erforderliche Ausgleich von 62.930 qm erfolgt im Barockstil im Rahmen der Maßnahme "Rückbau einer Lückfläche westlich des Sittard-Geländes".

1. Baugrundrechtliche Festsetzungen § 85 Abs. 1 i.V.m. § 9 Abs. 4 BauGB
1. Dachform, Dachneigung § 85 Abs. 1 BBO
Die Dächer sind als geneigte Dächer mit einer Dachneigung von 25°-45° auszubilden, ausnahmeweise sind Pultdächer mit einer Dachneigung von 15°-25° zulässig. Dachaufbauten (Gauben) sind zulässig. Sie dürfen als Einzelgaube oder bei Anordnung mehrerer in der Summe ihrer Einzelbreite höchstens 1/3 der Gebäudelänge betragen. Frontgauben sind nicht zulässig.
Garagen und Nebengebäude können auch als Flachdächer sowie flachgeneigte Dächer von 0° ausgeführt werden. Eine Begrünung dieser Flachdächer ist erwünscht.
2. Gestaltung der überbaubaren Flächen der bebauten Grundstücke § 85 Abs. 1 Nr. 3 BBO
Die nicht überbaubaren bzw. nicht überbaubaren Grundstücksflächen sind grünerisch anzulegen und dauerhaft zu unterhalten.
Aufsichtungen und Abgrabungen
Abgrabungen oder Aufsichtungen über 1,00 m über natürlichem Gelände sind nicht zulässig.
Die Höhen- und Geländeverhältnisse sind im Baugabegplan in Schnitt und in den Ansichten mit Anschluss des Nachbargrundstückes nachzuweisen.
Einfriedigungen
Einfriedigungen zum öffentlichen Straßenraum (Mauern und Stützmauern) bis max. 50 cm und Hecken sind bis zu einer maximalen Höhe von 1,00 m sind zulässig.
Stützmauern
Stützmauern auf den privaten Grundstücken sind nur zur Herstellung von Carports, Garagen, Stellplätzen, Zufahrten und Zugängen zulässig. Für Terrassen sind Stützmauern bis zu einer Höhe von 0,80 m zulässig.
11. Wasserrechtliche Festsetzungen § 49 a Saarländisches Wassergesetz (SWG) i.V.m. § 9 Abs. 4 BauGB
Zum Schutz des Wasserhaushaltes und zur Entlastung des Regenwasserkanals wird das anfallende Regenwasser auf den Privatgrundstücken in Zisternen gesammelt. Die Zisternen sind so zu bemessen, dass der Speicherraum für Wasser mindestens 4,00 m³ beträgt. Die Ausführung erfolgt in Abstimmung mit den Technischen Diensten der Stadt Püttlingen.
Anfallendes Dränwasser ist dem Regenwasserkanal zuzuführen. Die Schmutzwasserentwässerung der Kellerräume ist bei ungünstigen topographischen Verhältnissen mit einem Pumpensystem dem Schmutzwasserkanal zuzuführen. Die Regenung des Oberflächenabflusses erfolgt über ein zentrales Rückhaltebecken mit einem Speichervolumen von 130 m³.

IV. Grenze des räumlichen Geltungsbereiches § 9 Abs. 7 BauGB
Die Grenzen sind der Planzeichnung zu entnehmen und in beigefügter Begründung beschrieben.
V. Begründung zum Bebauungsplan § 9 Abs. 8 BauGB
Die Begründung zum Bebauungsplan ist als Anlage beigefügt.

Hinweise
- Bei der Entwässerungsplanung ist darauf zu achten, dass Hausdrainagen nicht in Grundwasser bzw. in Bereich von Hangquellen liegen.
- Falls mit Grund-/Hangwasser gerechnet werden muss, ist die Durchführung geeigneter Maßnahmen zur Unterschneidungsabdichtung bzw. der Bau einer "Wissen Wanne" vorzuziehen.
- Das auf den Grundstücken anfallende Oberflächenwasser sowie evtl. anfallendes Hangwasser fallen in den Verantwortungsbereich der jeweiligen Grundstückseigentümer.
- Im Plangebiet sind Mottowegfahren nicht auszuschließen. Eine vorsorgliche Überprüfung wird daher empfohlen. Eine Überprüfung durch den saarländischen Komplanheitsbeseitigungsdienst wird wie folgt vorgeschlagen: 1. Überprüfung der Erschließungsmaßnahmen, 2. Überprüfung der Grundstücke auf schriftlichen Antrag der Bauherren an den Komplanheitsbeseitigungsdienst ca. 4 Wochen vor Baubeginn.
- Bodenfundus sind dem Landesdenkmalamt gemäß § 12 Saarländisches Denkmalschutzgesetz anzuzeigen (Landesdenkmalamt).
- Das Plangebiet liegt im Bereich einer ehemaligen Eisenknochen, wobei nicht bekannt ist, ob diesbezüglich in diesem Bereich Baugebau stattgefunden hat. Bei künftigen Ausgrabungsarbeiten wird daher empfohlen, auf Anzeichen von alten Baugebau zu achten und dies evtl. dem Oberbergamt mitzuteilen.
- Aus Immissionsschutzgründen die Empfehlung der Schlafräume und Kinderzimmer auf die der Hangswaldstraße abgewandten Gebäudesseite zu legen.

RECHTSGRUNDLAGEN

Für die Verfahrensdurchführung und die Festsetzungen des Bebauungsplanes gelten u.a. folgende Gesetze und Verordnungen:
das Raumordnungsgesetz (ROG) vom 22. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2986) zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes zur Neuregelung des Wasserrechts vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585)
das Baugesetzbuch (BauGB) in der Bekanntmachung der Neufassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414, zuletzt geändert durch Art. 4 Gesetz vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585))
die Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Bekanntmachung der Neufassung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 182), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes zur Erleichterung von Investitionen und der Ausweisung und Bereitstellung von Wohnbauland vom 22. April 1993 (BGBl. I S. 466)
das Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushaltes (Wasserschutzgesetz - WHG) in der Neufassung der Bekanntmachung vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585)
das Gesetz zum Schutz des Bodens vom 17. März 1998, Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten - Bundes-Bodenschutzgesetz - BBodSchG vom 17.03.1998, BGBl. I S. 501, Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung - BBodSchV vom 12.07.1999, (BGBl. I S. 1554) zuletzt geändert durch Gesetz vom 09. Dezember 2004
Gesetz zur Umsetzung des Gesetzes zum Schutz des Bodens im Saarland vom März 2002, Saarländisches Gesetz zur Ausführung des Bundes-Bodenschutzgesetzes - SBodSchG zuletzt geändert am 21. II. 2007 (Amtsblatt des Saarlandes S. 2393)
das Saarländische Wassergesetz (SWG) in der Fassung der Bekanntmachung der Neufassung vom 30. Juli 2004 (Amtsblatt des Saarlandes S. 1944) zuletzt geändert durch Art. I des Gesetzes Nr. 1678 vom 11. März 2009 (Amtsblatt d. Saarl. S.676)
Saarländisches Nachbarrechtsgesetz vom 28. Februar 1973 (Amtsblatt S. 210) zuletzt geändert durch das Gesetz vom 18. Juli 2004 (Amtsblatt des Saarlandes S. 822)
UVP vom 12. Februar 1990 (BGBl. I 1990, 205, Neugefasst durch Bekanntmachung v. 25.06.2006, zuletzt geändert durch Art. II G. v. II. 08. 2010 I 1163
Saarländisches Denkmalschutzgesetz (DSchG) vom 10. Mai 2004, zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. Februar 2006 (Amtsbl. S. 474, 530)

das Baugesetzbuch (BauGB) in der Bekanntmachung der Neufassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414, zuletzt geändert durch Art. 4 Gesetz vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585))
die Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Bekanntmachung der Neufassung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 182), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes zur Erleichterung von Investitionen und der Ausweisung und Bereitstellung von Wohnbauland vom 22. April 1993 (BGBl. I S. 466)

die Anlage zur Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts - Planzeichenverordnung (PlanZV 90) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I S. 58)
die Bauordnung für das Saarland (BO) geändert durch Gesetz Nr. 1693 zur Modernisierung des saarl. Vermessungswesens, zur Umbenennung des Amtes für Landentwicklung, zur Änderung der Landesbauordnung und des Landeswaldgesetzes sowie zur Anpassung weiterer Rechtsvorschriften vom 21. November 2007 (Amtsblatt 2008 S. 278)
der § 12 des Kommunalabfallverwaltungs-gesetzes (KSVG) in der Bekanntmachung der Neufassung vom 27. Juni 1997 auf Grund des Artikels 6 des Gesetzes zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften vom 27. Juni 1997 (Amtsblatt des Saarlandes, S.682) zuletzt geändert durch Gesetz Nr. 1673 vom 11. Februar 2009 (Amtsblatt des Saarlandes 2009 S. 1215)

das Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) in der Fassung vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542)
Gesetz zum Schutz der Natur und Heimat im Saarland (Saarländisches Naturschutzgesetz - SNG) Gesetz Nr. 1592 vom 05. April 2006 - geändert durch Art. 3 i.V.m. Art. 5 des Gesetzes Nr. 1661 zur Einführung einer strategischen Umwelterkennung und zur Umsetzung der SUP-Richtlinie im Saarland vom 28. Oktober 2008 (Amtsblatt des Saarlandes 2009 S. 3)

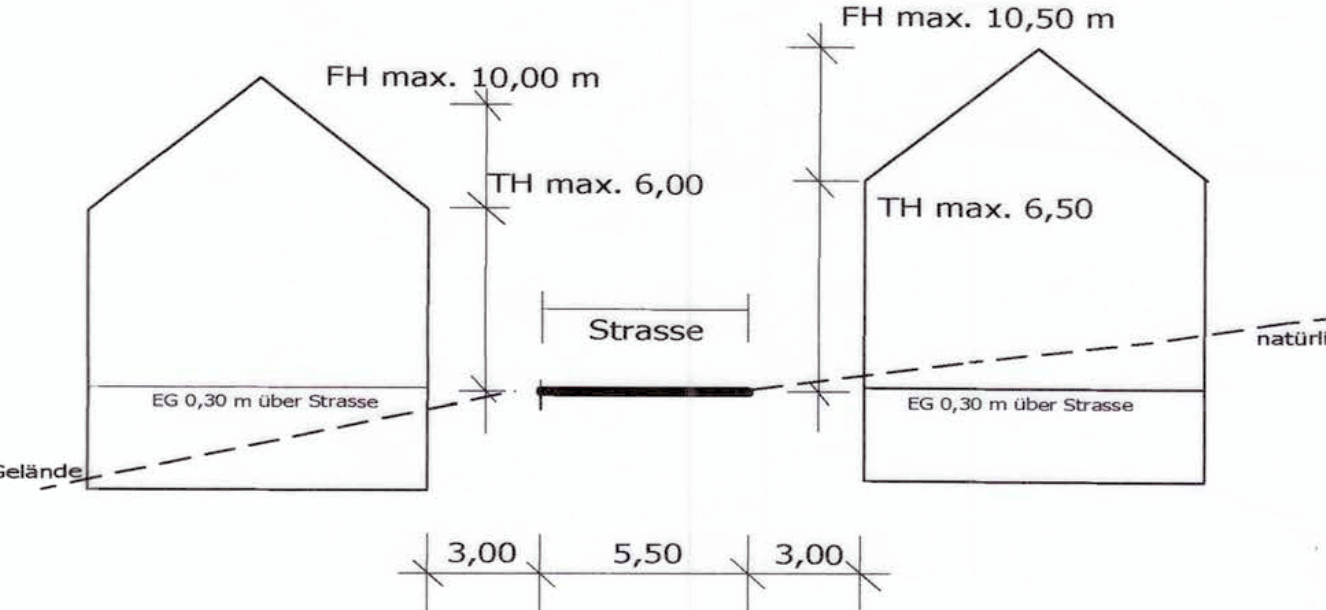
der § 12 des Kommunalabfallverwaltungs-gesetzes (KSVG) in der Bekanntmachung der Neufassung vom 27. Juni 1997 auf Grund des Artikels 6 des Gesetzes zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften vom 27. Juni 1997 (Amtsblatt des Saarlandes, S.682) zuletzt geändert durch Gesetz Nr. 1673 vom 11. Februar 2009 (Amtsblatt des Saarlandes 2009 S. 1215)
das Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) in der Fassung vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542)
Gesetz zum Schutz der Natur und Heimat im Saarland (Saarländisches Naturschutzgesetz - SNG) Gesetz Nr. 1592 vom 05. April 2006 - geändert durch Art. 3 i.V.m. Art. 5 des Gesetzes Nr. 1661 zur Einführung einer strategischen Umwelterkennung und zur Umsetzung der SUP-Richtlinie im Saarland vom 28. Oktober 2008 (Amtsblatt des Saarlandes 2009 S. 3)

der § 12 des Kommunalabfallverwaltungs-gesetzes (KSVG) in der Bekanntmachung der Neufassung vom 27. Juni 1997 auf Grund des Artikels 6 des Gesetzes zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften vom 27. Juni 1997 (Amtsblatt des Saarlandes, S.682) zuletzt geändert durch Gesetz Nr. 1673 vom 11. Februar 2009 (Amtsblatt des Saarlandes 2009 S. 1215)
das Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) in der Fassung vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542)
Gesetz zum Schutz der Natur und Heimat im Saarland (Saarländisches Naturschutzgesetz - SNG) Gesetz Nr. 1592 vom 05. April 2006 - geändert durch Art. 3 i.V.m. Art. 5 des Gesetzes Nr. 1661 zur Einführung einer strategischen Umwelterkennung und zur Umsetzung der SUP-Richtlinie im Saarland vom 28. Oktober 2008 (Amtsblatt des Saarlandes 2009 S. 3)

das Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) in der Fassung vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542)
Gesetz zum Schutz der Natur und Heimat im Saarland (Saarländisches Naturschutzgesetz - SNG) Gesetz Nr. 1592 vom 05. April 2006 - geändert durch Art. 3 i.V.m. Art. 5 des Gesetzes Nr. 1661 zur Einführung einer strategischen Umwelterkennung und zur Umsetzung der SUP-Richtlinie im Saarland vom 28. Oktober 2008 (Amtsblatt des Saarlandes 2009 S. 3)

der § 12 des Kommunalabfallverwaltungs-gesetzes (KSVG) in der Bekanntmachung der Neufassung vom 27. Juni 1997 auf Grund des Artikels 6 des Gesetzes zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften vom 27. Juni 1997 (Amtsblatt des Saarlandes, S.682) zuletzt geändert durch Gesetz Nr. 1673 vom 11. Februar 2009 (Amtsblatt des Saarlandes 2009 S. 1215)
das Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) in der Fassung vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542)
Gesetz zum Schutz der Natur und Heimat im Saarland (Saarländisches Naturschutzgesetz - SNG) Gesetz Nr. 1592 vom 05. April 2006 - geändert durch Art. 3 i.V.m. Art. 5 des Gesetzes Nr. 1661 zur Einführung einer strategischen Umwelterkennung und zur Umsetzung der SUP-Richtlinie im Saarland vom 28. Oktober 2008 (Amtsblatt des Saarlandes 2009 S. 3)

der § 12 des Kommunalabfallverwaltungs-gesetzes (KSVG) in der Bekanntmachung der Neufassung vom 27. Juni 1997 auf Grund des Artikels 6 des Gesetzes zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften vom 27. Juni 1997 (Amtsblatt des Saarlandes, S.682) zuletzt geändert durch Gesetz Nr. 1673 vom 11. Februar 2009 (Amtsblatt des Saarlandes 2009 S. 1215)
das Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) in der Fassung vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542)
Gesetz zum Schutz der Natur und Heimat im Saarland (Saarländisches Naturschutzgesetz - SNG) Gesetz Nr. 1592 vom 05. April 2006 - geändert durch Art. 3 i.V.m. Art. 5 des Gesetzes Nr. 1661 zur Einführung einer strategischen Umwelterkennung und zur Umsetzung der SUP-Richtlinie im Saarland vom 28. Oktober 2008 (Amtsblatt des Saarlandes 2009 S. 3)



SYSTEMSCHNITT

VERFAHRENSVERMERKE

Der Stadtrat von Püttlingen hat am 30. 06. 2010 die Aufstellung des Bebauungsplanes "Teilbereich Hengstwaldstraße - Auf Rottern" gem. § 2 Abs.1 BauGB in der Stadt Püttlingen beschlossen.
Der Beschluss wurde nach § 2 Abs. 1 BauGB am 02. 09. 2010 öffentlich bekannt gemacht.
Die frühzeitige Bürgerbeteiligung wurde in Form einer Offenlegung in der Zeit vom 04. 09. 2010 bis 17. 09. 2010 durchgeführt.
Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom 30. 09. 2010 gem. § 4 Abs. 1 i.V.m. § 2 Abs. 2 BauGB in Verbindung mit dem Scopingverfahren durchgeführt und gem. § 2 Abs. 4 BauGB zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert.
Offenlegung
Der Offenlegungsbeschluss wurde vom Stadtrat in seiner Sitzung am 16. 02. 2011 gefasst. Der Entwurf der bebauungsplan mit Begründung und Umweltbericht ist nach § 3 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 04. 03. 2011 bis einschließlich 04. 04. 2011 öffentlich ausgelegt worden. Ort und Dauer der Auslegung sind nach § 3 Abs. 2 BauGB am 24. 02. 2011 durch die Stadt im Öffentlichen Bekanntmachungsblatt mit dem Hinweis öffentlich bekannt gemacht worden, dass während der Auslegung Anregungen vorgebracht werden können.
Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gem. § 3 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 21. 02. 2011 zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden. Über die eingegangenen Anregungen der Behörden und Träger öffentlicher Belange sowie über die während der Offenlegung eingegangenen Anregungen hat der Stadtrat im Rahmen der Abwägung zum Planbeschluss am 22. 06. 2011 entschieden. Das Abwägungsergebnis wurde den Betroffenen und den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange, sofern Anregungen erfolgt sind, mit Schreiben vom 30. 03. 2012 mitgeteilt.
Eine Umweltprüfung gem. § 2 Abs. 4 wurde durchgeführt.
Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB
Der Stadtrat hat in öffentlicher Sitzung am 22. 06. 2011 den Bebauungsplan als Satzung beschlossen und den Inhalt der Begründung gebilligt.
Die zusammenfassende Erklärung nach § 10 Abs. 4 BauGB ist dem Bebauungsplan beigelegt.
Der Bebauungsplan wird hiermit als Satzung ausgefertigt.

Püttlingen, den 13.02.2012
Der Bürgermeister
[Signature]
Stadtrat Püttlingen

Der als Satzung beschlossene Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung, dem Textteil einschließlich der örtlichen Bauvorschriften sowie der Begründung und dem Umweltbericht wurde am 16.02.2012 öffentlich bekannt gemacht.
Der Bebauungsplan mit Begründung und Umweltbericht liegen seit dem 16.02.2012 zu jedermanns Einsicht bereit.
Mit der Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan in Kraft (§ 10 Abs. 3 Satz 4 BauGB). In der Bekanntmachung ist auf die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie auf die Rechtsabwägung (§ 25 Abs. 2 BauGB) und weiter auf Fälligkeit und Fristen von Einspruchsansprüchen hingewiesen worden.

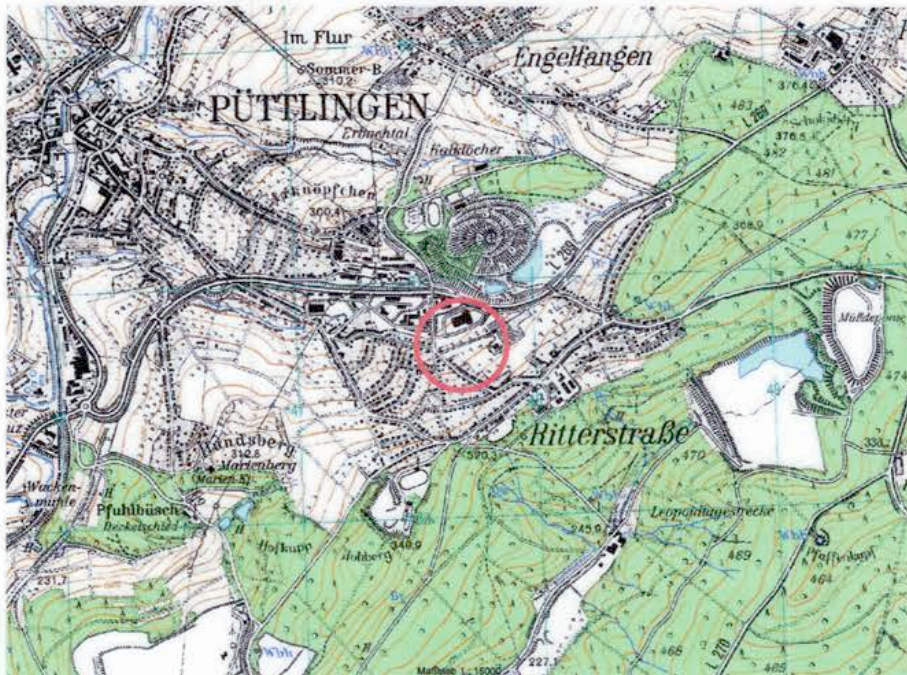
Püttlingen, den 17.02.2012
Der Bürgermeister
[Signature]
Stadtrat Püttlingen

PLANZEICHENERLÄUTERUNGEN

gemäß Anlage zur Planzeichenverordnung (PlanZV 1990)

- 1. Art der baulichen Nutzung
WA = Allgemeine Wohngebiete
2. Maß der baulichen Nutzung
0.3 Grundflächenzahl
ED nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig
3. Bauweise, Baulinien, Baugrenzen
Baugrenze
6. Verkehrsflächen
Straßenverkehrsflächen
Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung Verkehrsberuhigter Bereich
7. Flächen für Versorgungsanlagen, Abfall-, Abwasserbeseitigung, Ablagerungen
Flächen für Versorgungsanlagen, Abfallentsorgung, Abwasserbeseitigung und Ablagerungen
Abwasser - Zentrales Regenrückhaltebauwerk, Fassungsvermögen 130 m³
9. Grünflächen
Grünflächen p = privat ö = öffentlich
12. Flächen für Landwirtschaft und für Vwald
Flächen für die Landwirtschaft
13. Maßnahmen und Flächen zum Schutz und Pflege von Natur und Landschaft
Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur u. Landschaft
Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen
Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie von Gewässern
15. Sonstige Planzeichen
Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen
Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans
Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung

STADT PÜTTLINGEN
REGIONALVERBAND SAARBRÜCKEN
BEBAUUNGSPLAN
TEILBEREICH
HENGSTWALDSTRASSE
AUF ROTTERN
M. 1: 1000
SATZUNG



Aufgestellt: Saarbrücken im März 2012